

DER SPIEGEL

DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

DEUTSCHLAND

BONN

SPD

Großer Horror

Einig waren sich linke und rechte Sozialdemokraten letzte Woche nur in einem: Der Schiedsspruch des SPD-Parteirats vom vorletzten Freitag hat den Konflikt mit den Jungsozialisten nicht geschlichtet, die ideologischen und programmatischen Spannungen in der SPD nicht entschärft.

Die Parteioberen zögerten aus guten Gründen, gegen Links- und Rechtsabweichler Sanktionen zu verhängen. Sie konnten die linken Jusos nicht bügeln, weil „1973 wegen Herabsetzung des Wahlalters sieben Jahrgänge erstmals wählen“ (Herbert Wehner). Und die Rücksicht auf die Rechtsaußen begründete SPD-Präside Heinz Kühn: „Knappe Mehrheiten zwingen zur Toleranz.“

In der Tat: Sechs Stimmen Mehrheit in Bonn und zwei Stimmen Mehrheit im Düsseldorfer Landtag legen es nahe, unsolidarische Genossen nicht durch Maßregelungen in die Arme der Opposition zu treiben.

So hatten beide Parteiflügel Dekkung für ihre Aktionen. Schon zwei Tage nach dem SPD-Konzil von Bonn, am Sonntag letzter Woche, verließ der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB), die von der SPD geförderte Studentenorganisation, gegen das vom Parteirat bekräftigte KP-Fraternisierungsverbot. Der SHB beschloß, auch weiterhin mit Kommunisten zu kooperieren.

SPD-Bundesgeschäftsführer Hans-Jürgen Wischniewski, der den Kontakt zu den roten Studenten mit einer Einladung an die SHB-Spitze nach Bonn hatte aktivieren wollen, sagte die Verabredung „ganz bewusst“ ab: „Ich hatte wenig Gusto, mit denen noch zusammensitzen.“

Am Dienstag maulte die konservative Kanalarbeiter-Riege des Juso-Gegners und Innerdeutschen Ministers Egon Franke in der SPD-Fraktions-sitzung. Ihr Vorwurf: Gegen die linken Unruhestifter werde nicht rasch genug durchgegriffen.

Noch am selben Dienstagabend schreckte eine andere Meldung die Genossen vom Dienst in der Bonner SPD-Baracke auf. Juso-Ziehvater Jochen Steffen, SPD-Landesvorsitzender und Bewerber um die Ministerpräsi-

dentschaft von Schleswig-Holstein, hatte in einem mißdeutbaren Interview mit dem „Flensburger Tageblatt“ alliierte Truppen in Westdeutschland und sowjetische Truppen in der CSSR in einen Zusammenhang gebracht.

Aus dem Kontext freilich ging klar hervor, daß Steffen sich auf die Rolle der Alliierten im hypothetischen Fall einer kommunistischen Machtergreifung in der Bundesrepublik bezogen und auch als „völlig unbestritten“ erklärt hatte, daß die alliierten Truppen mit Zustimmung der Bevölkerung in Westdeutschland seien (siehe Otto Köhler, Seite 97).

Ebenso klar aber war, daß Steffens Theoretisieren mitten im Wahlkampf und ohne Überprüfung des redigierten Drei-Stunden-Gesprächs zumindest „leichtfertig“ (Wischniewski) war.

Telephonisch rügten Parteichef Willy Brandt und sein Wischniewski den roten Jochen. Das SPD-Präsidium stellte die außenpolitische Ruhe und Ordnung wieder her: „Entscheidende Grundlage sozialdemokratischer Politik ist das westliche Bündnis.“ Und Steffen, der das nicht in Zweifel gezogen hatte, stimmte voll zu.

Ungebeten und ohne Rücksicht auf die Solidarität mit wahlkämpfenden Genossen zensierte der wegen des Verdachts der Parteischädigung im bayrischen Wahlkampf vom Ausschluß bedrohte Münchner SPD-Abgeordnete Günther Müller am letzten Mittwoch in Gerhard Löwenthals schwarzem ZDF-Theater: „Für Herrn Steffen möchte ich sagen, daß ich das Gefühl habe, daß er vielleicht den Kontakt zur Wählerschaft, zur Bevölkerung, gerade zur Arbeiterschaft etwas verloren hat.“

Am selben Tag bereiteten die Jungsozialisten, die sich seit der Parteiratssitzung bewußt zurückgehalten hatten, dem Vollstrecker der Parteiratbeschlüsse eine Enttäuschung. Die Jusos, so ihr Bundesvorsitzender Karsten Voigt in der Bonner SPD-Zentrale zu seinem Parteifreund Wischniewski, könnten nicht ohne weiteres dem Parteiwunsch nachkommen und die beiden für dieses Jahr beschlossenen Juso-Kongresse über „Fragen der Strategie und der politischen Ökonomie“ sowie über Kommunalpolitik in nichtöffentliche Arbeitstagungen umwandeln. Mindestens die Absetzung des Strategie-Kongresses könne nur



SPD-Linker Steffen, Parteichef: „Zwang zur Toleranz“

ein neuer Bundeskongreß der Jusos beschließen. Wischniewski: „Bloß nicht noch ein Kongreß.“

Der SPD-Geschäftsführer drohte mit offenem Kampf: „Dann wird es ein ernster Konflikt zwischen euch und dem Parteivorsitzenden persönlich.“ Denn Brandt habe sich offen gegen „diese Kongreßmacherei“ erklärt.

In der bürgerlichen „Frankfurter Allgemeinen“ plädierte gleichen Tags der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Schulz, rechter Einzelkämpfer der Berliner SPD, kaum verhüllt für Partei-Ausschluß der Jusos: „Innerhalb ein und derselben Organisation und noch mit den gleichen Mitgliedsbüchern ausgestattet, stehen sich ideologische und politische Gegner, ja Feinde gegenüber.“

Um die Partei nicht auseinander und aus der Bonner Regierung zu treiben, beschränkte sich die SPD-Spitze auf Ersatzhandlungen.

In einem Vorstandspapier, dem das SPD-Präsidium am vergangenen Donnerstag den letzten Schliff gab, erklärte die Parteivorderen, die Jungsozialisten verstießen auf ihrem Bremer Kongreß mit ihren Beschlüssen zu Eigentum, Steuerreform, Mitbestimmung und dem der Bekämpfung des EWG-Kapitalismus gegen das Godesberger SPD-Programm.

Überdies läßt Wischniewski feststellen, wie viele SPD-Mitglieder bis zum Alter von 35 Jahren tatsächlich aktiv in der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten tätig sind. Erste Hochrechnung der Wischniewski-Registratur: im Durchschnitt nicht mehr als 15 Prozent; höher ist der Aktivisten-Anteil in der Gesamt-Partei freilich auch nicht. Außerdem sollen alle neu eintretenden Genossen im Juso-Alter für die Zentral-Kartei mitteilen, ob sie als Jungsozialisten aktiv werden wollen.

Gegen die Rechten beantragte die NRW-SPD des Präsidenten Kühn beim Parteivorstand, ein ideologisches Papier über die „Abgrenzung zum Konservatismus“ entwerfen zu lassen — ähnlich der vom Parteirat eingesegneten Distanzierungsschrift gegenüber Kommunisten.

Rechte Parteischädiger wie Günther Müller, Klaus-Peter Schulz und den Vertriebenen-Ultra Herbert Hupka glaubt die Parteispitze erst 1973 verfolgen zu können — nachdem sie als Mehrheitsgaranten für die SPD/FDP-Koalition ausgedient haben.

Wischniewski, der davon ausgeht, daß die Flügelkämpfe in der Partei wieder abebben werden, scheut einstweilen jede Säuberungswelle: „Vor organisatorischen Maßnahmen habe ich großen Horror.“

STEUER-REFORM

Goldener Apfel

Auf Bundeskanzler Willy Brandt kommt eine schwere Last zu. Ende März überreichen die Experten der noch von CSU-Finanzminister Strauß 1968 berufenen Steuerreformkommission dem Regierungschef ihr 18 Pfund schweres und 1800 Seiten starkes Gutachten. Ihr offizieller Auftrag war es,

Westdeutschlands kompliziertes und veraltetes Steuersystem gerechter und leistungsfähiger zu machen.

Aber schon drei Wochen vor der feierlichen Übergabe und dem geplanten gemeinsamen Abendessen im Kanzler-Bungalow steht fest, daß den Reformkommissaren ein nur unwesentlich vereinfachtes, kaum gerechteres und für die Staatskasse unerfreuliches Finanzkonzept eingefallen ist.

Westdeutschlands Reiche müssen nicht fürchten, ärmer zu werden, arme Bundesbürger können nicht auf bessere Tage hoffen. Denn nach fast zweieinhalb Jahren Arbeit kommen die Experten zwar zu dem Schluß, daß den Klein- und Mittelverdienern bei der Lohn- und Einkommensteuer Vorteile eingeräumt werden sollen. Diese Begünstigungen aber werden durch einen höheren Satz der Mehrwertsteuer leicht wettgemacht, den die Sachverständigen ebenfalls vorschlagen.

Neben einem einfacheren Lohnsteuerverfahren, das fast allen Arbeitnehmern den diffizilen Lohnsteuer-Jahresausgleich abnehmen soll, haben die Reform Steuersenkungen für Lohn- und Gehaltsempfänger mit Jahresbezügen bis zu 40 000 Mark vorgesehen.

Der niedrigste Lohnsteuersatz soll laut Gutachten von bisher 19 auf 16 Prozent ermäßigt werden. Und da eine

Für den Steuernachlaß im unteren Bereich der Einkommenskala sollen die wohlhabenden laut Gutachter-Beschluß nicht aufkommen. Nach den Plänen der Steuerkommissare wird künftig der Spitzensteuersatz für Jahreseinkommen über 125 000 Mark von 53 auf 55 Prozent nur wenig angehoben. So brauchen Einkommens-Millionäre nach dem neuen Tarif kaum mehr Abgaben zu entrichten als nach geltendem Recht.

Auch die Vermögens-Millionäre müssen den Spruch der Gutachter nicht fürchten. Die konservative Mehrheit der Kommission votierte für eine Halbierung des Vermögensteuersatzes von derzeit einem Prozent. Diese Vergünstigung soll allerdings durch eine neue Vorschrift wieder annulliert werden, nach der es den Besitzbürgern künftig nicht mehr gestattet sein soll, die Vermögensabgabe von ihrem steuerpflichtigen Jahreseinkommen abzusetzen. Faktisch würde es dabei bleiben, daß Großvermögen in der Bundesrepublik sehr gelinde besteuert werden.

Entgegen den Wünschen aller auf Gesellschaftsreformen bedachten Politiker soll die fiskalisch unergiebigste Erbschaftsteuer nur vereinfacht und lediglich bei Großvermögen unwesentlich verschärft werden. Der patinierte Grundsatz bleibt mithin bestehen, daß großer erblicher Reichtum praktisch



Steuerreform-Kommission (in München): Wer reich ist, hat nichts zu befürchten

leichte Steuerprogression (dabei wächst die Abgabenlast stärker als das Einkommen) künftig schon bei den Kleinverdienern einsetzen soll, wollen die Gutachter alle unteren Einkommensklassen mit großzügiger bemessenen Freibeträgen der Lohn- und Einkommensteuer entschädigen.

Der bislang in den Tarif eingearbeitete steuerfreie Sockelfreibetrag von 1680 Mark wird auf 2400 Mark erhöht. Daneben kann jeder Steuerzahler jährlich bis zu 30 Prozent seines Einkommens steuerfrei für die Altersversorgung abzweigen, ein Lediger einen Vorsorgebetrag bis zu 6000 Mark im Jahr, ein Verheirateter bis zu 12 000 Mark.

ungeschmälert wie ein goldener Apfel durch die Generationen gereicht werden darf.

Weiterer Geldausfall droht dem Fiskus, weil die Kommissare den Unternehmern zwei Drittel der Gewerbesteuer erlassen wollen, die noch immer die wichtigste Finanzquelle der Gemeinden ist. Überdies soll den ohnehin notleidenden Kommunen nach dem Reformkonzept das Kassieren von Bagatellsteuern verwehrt werden. So soll die Steuer auf Schankerlaubnis, Speiseeis und Vergnügen ersatzlos gestrichen werden. Nur auf die Hundesteuer können die Stadtkämmerer, wenn es nach den Gutachtern geht, weiterhin zählen.